

QUARTALSBERICHT

Projektland: Vietnam/Myanmar

Quartal/Jahr: I/2011

VIETNAM

DER XI. PARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI (KPV)

Der alle fünf Jahre stattfindende Parteitag ist das höchste Entscheidungsorgan der alleinregierenden KPV. Die Delegierten verabschiedeten richtungsweisende Personalentscheidungen und den wichtigen sozioökonomischen Entwicklungsplan Vietnams. Damit haben sie wesentlichen Weichen für den zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Kurs Vietnams gestellt. Als neuer Generalsekretär übernimmt Nguyen Phu Trong die Nachfolge des aus Altersgründen nicht mehr angetretenen Nong Duc Manh. Er übernimmt damit nicht nur die Leitung der KPV, sondern auch eine Führungsposition innerhalb des Landes. Premierminister, Nguyen Tan Dung, wurde in seinem Amt bestätigt. Weitere wichtige Personalentscheidungen werden erst nach den Wahlen zur Nationalversammlung im Mai 2011 erwartet.

Programmatisch stand der Parteitag vor der schwierigen Aufgabe ein Konzept auszuarbeiten, Vietnam bis 2020 zum Industrieland zu entwickeln. Vietnam hält dabei an seinem Modell der „Marktwirtschaft mit sozialistischer Prägung“ fest. Da sich trotz einiger Schwächen das politische und wirtschaftliche Modell Vietnams bisher als stabil erwiesen und bewährt hat, waren neue richtungsweisende Entscheidungen deshalb nicht zu erwarten. Die wesentlichen Ergebnisse des Parteitages sind daher eher zwischen den Zeilen zu lesen. Sie betreffen eher leichte Korrekturen des vietnamesischen Wirtschaftsmodells, denn politische Reformen. In diesem Zusammenhang wurde von einem absoluten Wachstumsziel für die Wirtschaft abgerückt. Es wurde deutlich, dass Vietnam seinen eigenen Weg finden muss, um die Probleme in den Griff zu bekommen, die beim Übergang von einem Entwicklungs- zu einem Schwellenland auftreten.

Auf dem Parteitag wurde auch erstmals über Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums gesprochen. Dies stellt keineswegs einen Widerspruch zur bisherigen Industrialisierungspolitik dar, sondern vielmehr ist der Versuch eine ausgeglichene Lohnpolitik zu betreiben und das soziale Sicherungssystem auszubauen in einem Land mit hohem sozialem Anspruch nur konsequent. Die neue ökologische Orientierung

dagegen deckt sich eher weniger mit dem bisher geringen Umweltbewusstsein in Vietnam. Angesichts der geographischen Lage Vietnams mit zwei großen Deltaregionen und einem langen Küstenabschnitt, erscheint diese neue Orientierung jedoch dringlich notwendig. Des Weiteren bietet sich für Vietnam die Chance die nun auslaufende Entwicklungshilfe durch neue Finanzierungsinstrumente im Rahmen des Klimaschutzes zu ersetzen.

Myanmar

REGIERUNGSBILDUNG IST ABGESCHLOSSEN / GENERAL THAN SHWE TRITT ZURÜCK

Der neue Präsident Thein Sein erklärt den Aufbau der Verfassungsorgane für beendet und die Bildung einer neuen Regierung für abgeschlossen. General Than Shwe, der die letzten 23 Jahre an der Spitze der Militärdiktatur stand, tritt von allen Ämtern zurück. Damit regiert in Myanmar zwar de jure das Parlament als höchstes vom Volk gewähltes Staatsorgan, de facto hat sich an der Machtverteilung zugunsten des Militärs nichts geändert. Das Parlament wird durch eine massive Benachteiligung der Opposition und durch Wahlfälschung von der Junta dominiert und nur die wenigsten der Abgeordneten verfügen über einen zivilen Hintergrund. Die meisten Minister hatten vorher hohe Positionen in der Junta inne. Das Militär kontrolliert weiterhin alle strategischen Ämter, alle Ressourcen des Landes sowie weite Teile der Wirtschaft.

Die Meinungen der parlamentarischen und der außerparlamentarischen Opposition über den zukünftigen Kurs unterscheiden sich grundlegend voneinander. Die freigelassene Friedensnobelpreisträgerin San Suu Kyi hat sich in zahlreichen Stellungnahmen ausdrücklich für das verhängte Embargo ausgesprochen und vertritt die Auffassung, dass nur eine weitgehende Isolation das Regime zu Zugeständnissen und Reformen zwingen wird. Diese Haltung wird von pragmatischeren Oppositionellen nicht geteilt. Sie argumentieren, dass die Sanktionen hauptsächlich den Menschen im Land schaden. Vielmehr versucht die parlamentarische Opposition künftig mit aktiver Zusammenarbeit im Parlament mehr Einfluss auf den angestoßenen Prozess zu nehmen und unterstützt weitestgehend das Ziel die Sanktionen aufzuheben. Die Spaltung der Opposition stellt eine große Schwächung dar. Es besteht dennoch ein vorsichtiger Optimismus, dass die Neubildung der Regierung einen kleinen Schritt hin zu mehr Demokratie darstellt. Der neue Präsident Thein Sein spricht sich für wirtschaftliche und soziale Reformen aus, nennt aber auch Grenzen des Transformationsprozesses. Dies lässt vermuten, dass die außerparlamentarische Opposition um Aung San Suu Kyi weiterhin ausgeschlossen bleibt.

Axel Neubert

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Hanoi, Vietnam

IMPRESSUM

Erstellt: 14.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,
Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de